

Nr. 20/102

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. November 2019
(Drucksache [20/182](#))
2. Wohnungsbau in Bremen – Status quo und Perspektiven
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/188](#))
3. Demokratie muss Schule machen: Wie kann Demokratie im Kindertagesstätten- und Schulalltag unmittelbar erlebt, praktiziert und vermittelt werden?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Dezember 2019
(Drucksache [20/212](#))

Nr. 20/103

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 28. Januar 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einschließlich Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt für das Haushaltsjahr 2018

Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2019
(Drucksache [20/206](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats an den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss.
2. Bericht des Senats gemäß § 12 Bremer Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG)

Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2019
(Drucksache [20/208](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
3. Nachbenennung eines neuen Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2019
(Drucksache [20/215](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Herrn

Mario F a v a r i
anstelle des ausgeschiedenen Herrn

René Bellinghausen

zum Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

4. Zustimmungsgesetz zum Dreiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 23. RÄStV)
Mitteilung des Senats vom 08. Januar 2020
(Drucksache [20/227](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
5. 1. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
vom 27. März 2019
(Drucksache [19/2128](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.
6. Stellungnahme des Senats zum 1. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
Mitteilung des Senats vom 25. Juni 2019
(Drucksache [20/3](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis
7. 1. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung und Stellungnahme des Senats
Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit vom 13. Januar 2020
(Drucksache [20/228](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses Kenntnis.
8. Wahl von zwei Mitgliedern und zwei stellvertretenden Mitgliedern des Stiftungsrats des Deutschen Schifffahrtsmuseums
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordneten
Susanne Grobien und Janina Brünjes
als Mitglieder und die Abgeordneten
Nelson Janßen und Maurice Müller
als stellvertretende Mitglieder des Stiftungsrats des Deutschen Schifffahrtsmuseums.

Nr. 20/104

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:
„Eiertanz‘ um beschleunigtes Verfahren – seeseitige Erreichbarkeit der Häfen im Lande Bremen ist das Rückgrat der Bremischen Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Ralf Schumann, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE:

„Vonovia-Mietenpolitik zeigt: Der Mietmarkt braucht mehr Regulierung“;

3. auf Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP:

„Vom Bremer Schulkonsens zum Fortschrittsverhinderungskonsens – ist die Grundschule Borchshöhe das erste Opfer?“.

Nr. 20/105

Gesetz zur Änderung des Bremischen Ladenschlussrechts

Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2019
(Drucksache [20/214](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/106

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 4

vom 24. Januar 2020
(Drucksache [20/248](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/107

10. März: Tag der Solidarität mit Tibet

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE, der CDU und der FDP
vom 28. Januar 2020
(Drucksache [20/249](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, am 10. März 2020 wird das Haus der Bürgerschaft mit der Flagge Tibets beflaggt.

Nr. 20/108

Unbegleiteten Minderjährigen aus den Flüchtlingslagern in Griechenland ein kindgerechtes Leben ermöglichen

Antrag der Fraktion DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. Januar 2020
(Drucksache [20/251](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihren Beschluss „Die EU muss ihrer Verantwortung gerecht werden: in der Kälte festsitzende Flüchtlinge dringend aus Griechenland umsiedeln“ vom 16. Februar 2017.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den griechischen Hotspots weiterhin untragbar und unvereinbar mit den Menschenrechten sind.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht die Europäische Union, die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesländer in der Verpflichtung, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um den oben beschriebenen Zuständen ein Ende zu setzen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt, dass die Freie Hansestadt Bremen bereit ist, hierzu einen Beitrag zu leisten und mindestens 20 unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) betrachtet das aktuelle Verteilungssystem von Geflüchteten innerhalb der EU als ungerecht, ineffektiv und unsolidarisch.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) sich beim Bundesinnenministerium dafür einzusetzen, dass die Aufnahme von mindestens 20 unbegleiteten Minderjährigen aus den griechischen EU-Hotspots in Bremen genehmigt wird,
 - b) auf Bundesebene den Entwurf und die Zielsetzung der Bundesratsinitiative der Länder Berlin und Thüringen zur Änderung des § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz (Bundesrats-Drucksache 482/19) für eine rechtliche Vereinfachung der Landesaufnahme weiterhin zu unterstützen,
 - c) sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass der UNHCR finanziell und mit Sachmitteln so ausgestattet wird, dass die Situation in den Hotspots massiv und sofort verbessert werden kann.

Nr. 20/109

Klimaschutzstrategie für Bremen: Enquete-Kommission einsetzen

Antrag der Fraktionen der CDU, der FDP, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
 vom 28. Januar 2020
 (Neufassung der Drucksache [20/246](#) vom 22. Januar 2020)
 Drucksache [20/258](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt nach § 72 Geschäftsordnung die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“.
2. Auftrag der Enquete-Kommission ist die Bearbeitung von Fragestellungen und die Erarbeitung von konkreten Vorschlägen zu folgenden Themenbereichen:
 - Festlegung eines aus dem Pariser Klimaschutzabkommen abgeleiteten Klimaschutzziels 2030 für das Land Bremen;
 - Erarbeitung eines oder mehrerer diesem Ziel entsprechenden Klimaschutzszenarien 2030 für das Land Bremen;
 - Festlegung von daraus abgeleiteten Klimaschutzzielen für einzelne Sektoren;
 - Erarbeitung von konkreten politischen Konzepten sowie Handlungs- und Umsetzungsempfehlungen zur CO₂-Reduktion, die zum Erreichen des Klimaschutzszenarios 2030 geeignet sind, in den Bereichen
 - Stromerzeugung
 - Wärmeversorgung und energetische Optimierung von Bestandsgebäuden und Neubauten
 - klimafreundliche Stadtentwicklung und deren Anpassung an den unvermeidbaren Klimawandel
 - Mobilität

- Sektoren Industrie, Handwerk und Dienstleistung
 - Ernährung
 - privater Konsum
 - Kernbereich der Verwaltung
 - natürlicher Treibhausgas- beziehungsweise Kohlenstoffsinken
 - Abschätzung der dazu erforderlichen finanziellen Ressourcen;
 - Überprüfung von bestehenden und Entwicklung von neuen bildungspolitischen Instrumenten zur Sensibilisierung für Klimaschutz in der schulischen, der außerschulischen und der Erwachsenenbildung.
 - Überprüfen von bestehenden und Entwicklung von arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftspolitischen Instrumenten zur Beschäftigungssicherung, Weiterbildung und Qualifizierung angesichts anstehender Herausforderungen im notwendigen Strukturwandel
3. Die Enquete-Kommission ist dabei folgenden Zielsetzungen verpflichtet:
- Einhaltung vereinbarter Klimaschutzziele, insbesondere des Klimaschutzabkommens von Paris;
 - Angemessener Beitrag Bremens zur Einhaltung des global verbleibenden Treibhausgasbudgets unter Berücksichtigung von Klimagerechtigkeit;
 - Berücksichtigung sozialer Gerechtigkeit und insbesondere einer sozial ausgewogenen Verteilung sowohl der erforderlichen Lasten der Klimaschutzanstrengungen, insbesondere in Hinblick auf Armutslagen, Beschäftigungsfragen und Geschlechtergerechtigkeit, als auch der erwartbaren Gewinne für die Lebensqualität;
 - Vermeidung von Lock-in-Effekten (das heißt beispielsweise Vermeidung von Entscheidungen bezogen auf Investitionen mit langfristiger Wirkung, die noch vor Ende ihrer Lebensdauer inkompatibel mit einem klimaneutralen Bundesland sind) durch Berücksichtigung einer Perspektive bis 2050 in den Szenarien und Handlungsempfehlungen.
4. Die Enquete-Kommission wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) binnen achtzehn Monaten einen schriftlichen Abschlussbericht zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Die Frist für den Abschlussbericht kann, falls es die Beratung und Abarbeitung der Arbeitsaufträge durch die Enquete-Kommission erfordert, verlängert werden.
5. Die Enquete-Kommission besteht aus 18 Mitgliedern: 9 Abgeordneten (CDU 3, SPD 2, Bündnis 90/Die Grünen 2, DIE LINKE 1, FDP 1) und 9 Sachverständigen (CDU 3, SPD 2, Bündnis 90/Die Grünen 2, DIE LINKE 1, FDP 1) und 9 stellvertretenden Mitgliedern aus dem Kreis der Abgeordneten (CDU 3, SPD 2, Bündnis 90/Die Grünen 2, LINKE 1, FDP 1). Die Enquete-Kommission gibt sich eine Verfahrensordnung. Die Sitzungen der Enquete-Kommission sind grundsätzlich öffentlich und möglichst klimafreundlich durchzuführen. Die Enquete-Kommission kann ständige Gäste zu ihren Sitzungen zulassen.
6. Der Enquete-Kommission wird in entsprechender Anwendung des Artikel 105 Absatz 5 Satz 6 der Bremischen Landesverfassung ein Arbeitsstab zur Verfügung gestellt. Der Senat wird gebeten, die Personalgewinnung für die Arbeit der Enquete-Kommission zu unterstützen. Den Fraktionen werden zusätzlich für die Dauer der Enquete-Kommission Geldleistungen entsprechend § 40 Absatz 2 Satz 3 Bremisches Abgeordnetengesetz, beispielsweise für zusätzliches Personal und Büroausstattung, gegen Nachweis der tatsächlichen Kosten, zur Verfügung gestellt. Die für die Durchführung

dieser Enquete-Kommission benötigten zusätzlichen Haushaltsmittel werden auf Antrag der Bürgerschaftskanzlei durch den Senat überplanmäßig bereitgestellt.

Nr. 20/110

Stand und Umsetzung des Küstenschutzes im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 1. Oktober 2019
(Drucksache [20/94](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2019
(Drucksache [20/216](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/111

Fragestunde

1. Ausgestaltung des Informations- und Beratungsgesprächs im Rahmen des Prostituiertenschutzgesetzes
Anfrage der Abgeordneten Gönül Bredehorst, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. Dezember 2019
2. Wartezeit in der stationären Notfallaufnahme
Anfrage der Abgeordneten Ali Seyrek, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. Dezember 2019
3. Entwicklung von Kurzzeitpflegeplätzen in stationären Pflegeeinrichtungen
Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Ute Reimers-Bruns, Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. Dezember 2019
4. Nachhaltigkeit fördern
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. Dezember 2019
5. Wie steht es mit der Festlegung der bremischen Klimaziele für 2030?
Anfrage der Abgeordneten Martin Michalik, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. Dezember 2019
6. Deutliche Reduktion von Fleisch- und Fischgerichten in den Einrichtungen des Studierendenwerks Bremen – mehr vegetarische und vegane Produkte anbieten!
Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Jan Saffe, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Dezember 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

7. Mangel an Kurzzeitpflegeplätzen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. Dezember 2019
8. Anzeigen gegen „Containern“
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. Dezember 2019

9. Rollout der E-Akte am Verwaltungsgericht
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Dezember 2019
10. Entwicklung seit Reform der Vermögensabschöpfung
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Dezember 2019
11. Entwicklung der Rabenvögel im Land Bremen und seine Folgen
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 12. Dezember 2019
12. Ungeklärte Mordfälle im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 20. Dezember 2019
13. Beschäftigte im öffentlichen Dienst
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 20. Dezember 2019
14. Abschiebehürden aufgrund gesetzlicher Lücken
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 20. Dezember 2019
15. Wie „normal“ darf es werden, dass pflegebedürftige demente Menschen nicht wieder nach Hause finden?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. Januar 2020
16. Begrünte Fahrgastunterstände/BSAG Prototyp
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (AfD) vom 10. Januar 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/112

Bremen befindet sich in einer Klimanotlage – jetzt gegensteuern in Richtung Klimaneutralität!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/195](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt an, dass das Land Bremen sich derzeit nicht auf einem Pfad befindet, der geeignet ist, einen angemessenen Beitrag zum Erreichen nationaler und internationaler Klimaschutzverpflichtungen zu leisten. Vor dem Hintergrund der existenziellen Herausforderung des Klimawandels befindet sich das Land Bremen damit in einer Klimanotlage. Die Bürgerschaft (Landtag) wird sich daher auf Bundesebene für zusätzliche Finanzmittel für strukturelle Klimaschutzmaßnahmen einsetzen. In den Haushaltsaufstellungen werden wir zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten prüfen und umsetzen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen wirksamen Klimavorbehalt einzuführen, der alle Anträge und Verwaltungsvorlagen auf ihre Klimawirkung und klimafreundlichere Alternativen prüft. Dazu soll zeitnah ein praktisch umsetzbares Verfahren entwickelt werden.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) die anstehende Fortschreibung des Klima- und Energieprogramms an einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 von mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 zu orientieren, darin geeignete Maßnahmen und Szenarien zum Erreichen dieses Ziels zu beschreiben und die Fortschreibung zeitnah vorzulegen,
 - b) eine langfristig angelegte Klimaschutzkampagne zu starten, um über die Dringlichkeit der Klimakrise und die Klimanotlage sowie über eigene Handlungsmöglichkeiten und Förderangebote zu informieren,
 - c) das Engagement für Klimaschutz durch Bürgerinnen/Bürger, Institutionen und Vereine im Land Bremen zu unterstützen und zu verbreitern,
 - d) sich auf Bundesebene und in der Europäischen Union für eine massive Steigerung der Klimaschutzanstrengungen mit dem Ziel einer Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 °C einzusetzen, insbesondere durch einen schnellstmöglichen Kohleausstieg und ein Ende des Deckels der Förderung von Photovoltaik- und Windkraftanlagen,
 - e) einen ressortübergreifenden Komplementärmittelfonds für Klimaschutzmaßnahmen einzurichten, um mehr Fördermittel für Klimaschutzmaßnahmen aus Bundesregierung und EU nach Bremen zu holen und Eigenanteile für Drittmittelprojekte aus diesem Fonds zu finanzieren,
 - f) der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz zwei Jahre nach Beschlussfassung eine Evaluation der hier beschriebenen Maßnahmen vorzulegen.

Nr. 20/113

Todesstrafe weltweit abschaffen

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP

vom 22. Januar 2020

(Drucksache [20/244](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt die Todesstrafe als grausame, unmenschliche und entwürdigende Bestrafung, die gegen das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündete Recht auf Leben verstößt, und als einen unververtretbaren Akt finaler Folter.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass bis zum Jahr 2019 in 142 Staaten der Erde die Todesstrafe de jure bzw. de facto abgeschafft wurde; wir erwarten, dass die Staaten, die noch an der Todesstrafe für außerordentliche Verbrechen, wie Kriegsverbrechen, festhalten, die Staaten, die zumindest ein Moratorium für Hinrichtungen eingeführt haben und diejenigen, die de facto, aber noch nicht de jure die Todesstrafe abgeschafft haben, auch diesen letzten entscheidenden Schritt tun.
3. Das Bundesland Bremen wird sich weiter dafür einsetzen, dass die öffentliche Aufmerksamkeit für den Kampf gegen die Todesstrafe gestärkt wird; dazu gehört auch, dass die Vollstreckung der Todesstrafe nirgendwo als Staatsgeheimnis behandelt werden darf.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt ausdrücklich die Bemühungen von Nichtregierungsorganisationen, wie zum Beispiel Amnesty International, sich weiter für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) wird sich aktiv an Aktionen gegen die Todesstrafe beteiligen. Deswegen wird die Bremische Bürgerschaft gemeinsam mit Amnesty International im Januar 2020 auf dem Bremer Marktplatz eine Aktion gegen die Todesstrafe durchführen.

Nr. 20/114

Bremer Integrationskonzepte zusammenführen – „Rahmenkonzept für gesellschaftliche Teilhabe und Diversity“ erstellen!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/192](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein „Rahmenkonzept gesellschaftliche Teilhabe und Diversity“ unter Beteiligung des Bremer Rates für Integration, migrantischen Selbstorganisationen und der Öffentlichkeit zu erstellen. Dabei sollen die bisherigen Leitlinien des „Entwicklungsplans Partizipation und Integration“ und das Integrationskonzept „In Bremen zuhause“ zusammengeführt und die „Standortbestimmung Partizipation und Integration im Land Bremen“ für alle Menschen mit Migrationsgeschichte unabhängig vom Aufenthaltstitel weiterentwickelt werden. Die konkreten Schritte zur Umsetzung des Rahmenkonzepts sollen in den folgenden Handlungsfeldern erarbeitet werden:
 - Erwerb der deutschen Sprache
 - Soziale Teilhabe
 - Stärkung der Quartiere mit besonderem Förderungsbedarf
 - Frühkindliche, schulische, außerschulische Bildung und Ausbildung
 - Offene Jugend- und Jugendverbandsarbeit
 - Erwerbstätigkeit und Qualifizierungsmaßnahmen
 - Gesundheit, Pflege und ältere Menschen
 - Inklusion
 - Unterstützung migrantischer Selbstorganisation
 - Abbau aufenthaltsrechtlicher Hürden
 - Kultur, Sport und Freizeit
 - interkulturelle und diversitygerechter Öffnung der Verwaltung
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, das „Rahmenkonzept gesellschaftliche Teilhabe und Diversity“ bis Ende 2020 der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration sowie der Bürgerschaft (Landtag) vorzulegen. Dabei soll nicht nur die Erfassung bestehender Maßnahmen in den Fokus gelegt werden, sondern auch die Umsetzung konkreter Maßnahmen in den Quartieren dargestellt werden.

Nr. 20/115

Bremisches Integrationsgesetz

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Januar 2020
(Drucksache [20/238](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/116

Bürgerfreundliche Umsetzung der Grundsteuerreform

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 14. Januar 2020
(Drucksache [20/235](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Grundsteuerreform in der Freien Hansestadt Bremen bürgerfreundlich umzusetzen und dabei

- den Steuerwettbewerb unter den Ländern nicht zu befördern, sondern stattdessen das ausgewogene wertabhängige Bundesmodell umzusetzen,
- für eine aufkommensneutrale Umsetzung zu sorgen, um die Steuerpflichtigen im Schnitt nicht stärker zu belasten,
- mit einer Informationsoffensive maximale Transparenz über das Verfahren zu schaffen,
- unnötigen bürokratischen Aufwand für die Steuerpflichtigen zu vermeiden,
- durch die Nutzung IT-gestützter Verfahren eine effiziente und ressourcenschonende Umsetzung zu ermöglichen,
- den Umsetzungsprozess laufend zu evaluieren und zu optimieren,
- die Grundsteuer C zur Vermeidung von Grundstücksspekulationen und als Instrument zur Förderung des Wohnungsbaus einzuführen und
- sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass es zu keinerlei Auswirkungen auf den bundesstaatlichen Finanzausgleich kommt, die zulasten der Freien Hansestadt Bremen gehen könnten.

Nr. 20/117

Öffnungsklausel bei der Grundsteuer nutzen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 22. Januar 2020
(Drucksache [20/245](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/118

Grundsteuerreform gemeinsam, einfach und gerecht gestalten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. Januar 2020
(Drucksache [20/250](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/119

Konzept gegen rechtswidrig ausgesetzte Regelprüfungen der Bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht (WoBeA)

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Januar 2020
(Drucksache [20/237](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/120

Zuckerlastiger Fehlernährung vorbeugen, Herstellerabgabe einführen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 19. November 2019
(Drucksache [20/179](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für die Einführung einer Herstellerabgabe auf gesüßte Getränke und Lebensmitteln, die mit übermäßig viel Zucker versetzt wurden, einzusetzen, wobei die Mehreinnahmen der Förderung gesunder Ernährung zugutekommen sollen, beispielsweise durch mehr Aufklärung und Prävention;
2. auf Bundesebene auf die zügige Schaffung der rechtlichen Grundlagen zur bundesweiten Verwendung der Nährwertkennzeichnung Nutriscore hinzuwirken und sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass der Nutriscore zur verpflichtenden Kennzeichnung wird;
3. sich auf Bundes- und EU-Ebene weiterhin für ein Verbot von Werbung einzusetzen, die das Ziel hat, Kinder zum Konsum von übermäßig gesüßten Lebensmitteln zu verleiten;
4. in Schulen und Kitas die Aufklärung über eine gesunde, zuckerarme Ernährung unter Einbeziehung der Eltern zu intensivieren und insbesondere zu prüfen, ob der Einsatz von Fachkräften für Prävention und Gesundheitsförderung auf noch mehr Schulen ausgedehnt werden kann;
5. im Rahmen des Präventionsgesetzes auf weitere Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Ernährung in Bremen und Bremerhaven hinzuwirken;
6. der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz und der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung innerhalb von zwölf Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 20/121

Wahl von sieben Vertrauensleuten des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter und ihre Vertreter

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Vertrauensleute und Vertreter/-innen des Ausschusses zur Wahl der der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter und ihrer Vertreter:

Von der CDU-Fraktion:

Steffi Rehbohm	Stellvertreterin: Claudia Grabowski
Astrid Milch	Stellvertreter: Tobias Hentze

Von der SPD-Fraktion:

Selin Arpaz	Stellvertreter: Sebastian Sch mugler
Ekkehard Grimm	Stellvertreterin: Sybille Böschen

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Dr. Robert Hodonyi	Stellvertreter: Thomas Kollande-Emigholz
--------------------	--

6. Nach der Neufassung der EU-Entsenderichtlinie: Anforderungen an die Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/149](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. Januar 2020
(Drucksache [20/230](#))
7. Rückkehr zur Meisterpflicht
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. November 2019
(Drucksache [20/171](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. Januar 2020
(Drucksache [20/224](#))
8. Impfen heißt Prävention – Kinder in Bremen und Bremerhaven aktiv vor Masern schützen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/187](#))
9. Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Dezember 2019
(Drucksache [20/211](#))